

Empfehlungen von Jugendlichen aus dem Kontext des SV-Bildungswerks zu zeitgemäßer Demokratiebildung

von Marvin Müller und Lukas Wolf

Um uns der Frage zu nähern, welche Rolle Demokratie im Leben junger Menschen spielt, welche Sichtweisen sie auf die Gesellschaft haben und was Demokratiebildung für Jugendliche eigentlich bedeutet, haben wir die Ergebnisse unseres SV-Kongresses "Learning by Doing. Demokratiebildung in der Praxis" ausgewertet und Interviews mit Teilnehmer*innen des Kongresses im Dezember 2017 und Januar 2018 geführt. Die acht Befragten sind bereits sozial engagiert, in lokalen und überregionalen Schüler*innenvertretungsstrukturen aktiv und haben auch die Vorbereitung des Kongresses mitgestaltet¹.

Was bedeutet Demokratie für junge Menschen heute?

Der Begriff Demokratie löst bei den befragten Jugendlichen eine Vielzahl von Assoziationen aus. Während die ersten Ideen, wie Gewaltenteilung, Wahlen oder Achtung der Menschenrechte, meist mit der Staats- und Regierungsform zusammenhängen, begreifen sie Demokratie im Verlauf der Gespräche auch als Gesellschafts- und insbesondere als Lebensform, die sie konkret betrifft. In ihrer gesellschaftlichen Dimension verbinden sie mit Demokratie vor allem Pluralismus, Vielfalt und Meinungsfreiheit. Im Zentrum steht aber ihre eigene Lebenswirklichkeit: So sein zu dürfen, wie man ist, unabhängig von gruppenbezogenen Eigenschaften teilhaben zu können oder sich unabhängig von dem, was die eigenen Eltern oder Lehrerinnen und Lehrer denken, eine eigene Meinung zu bilden, ist für die meisten der interviewten Jugendlichen entscheidend. Demokratie steht für sie auch für lebendige Diskussionen und gemeinsame, faire Entscheidungsfindung in der Schulklasse, der Familie oder im Freundeskreis. Demokratisch sind Entscheidungen für sie insbesondere dann, wenn nicht nur die Bedürfnisse der Mehrheit, sondern auch die der Minderheit geachtet werden und alle gleiche Möglichkeiten haben, sich zu beteiligen. Demokratie wird als Teil einer Haltung, das eigene Leben und Miteinander gemeinsam zu gestalten, gesehen. Sie wird mit vielen stark positiv konnotierten Begriffen wie Spaß, Glück oder sogar Liebe verbunden. Die Jugendlichen wünschen sich, an gesellschaftlichen Prozessen teilzuhaben, möchten selbst- statt fremdbestimmt entscheiden können und erwarten, dass die von ihnen hervorgebrachten Vorstellungen und Ideen ernst genommen und in die Tat umgesetzt werden (können).

Gleichzeitig zeigen sich auch kritische Perspektiven. Einige der Befragten sprechen von Politikerinnen und Politikern als "die da oben", die sich nicht für Jugendliche und die Themen der Jugendlichen interessieren, haben das Gefühl, dass ihre Beteiligung und Mitsprache oft unerwünscht ist, oder sehen die Demokratie als von Medien gelenkt. Die hier genannten Punkte sind Erfahrungen und Wahrnehmungen, die nicht zwangsläufig jugendspezifisch sind, sondern auch in der allgemeinen aktuellen gesellschaftlichen Situation unter einem größeren Teil der Bevölkerung zu finden. Es ist spannend, dass diese negativen Erfahrungen aber auch im Jugendalter schon gemacht werden – oder im Jugendalter vielleicht noch stärker zu Tage treten, da eben das Spezifikum „Jung sein“ zu möglichen anderen Diskriminierungsmerkmalen wie Bildungsstand oder (Nicht-)Erwerbstätigkeit hinzukommt und damit das Gefühl, von demokratischen Prozessen ausgeschlossen zu sein, noch stärker wahrgenommen wird.

Auch mit der von einigen Jugendlichen genannten Kritik an Medien sind diese nicht alleine. Das Wort der „Lügenpresse“ ist im politischen Diskurs zur Zeit weit verbreitet. Bei

¹ Die folgenden Ausführungen geben vor allem die Perspektiven, Ideen und Wünsche der befragten Schüler*innen wieder und decken sich nicht unbedingt mit der Sicht des SV-Bildungswerk oder den Autoren

den von uns interviewten Jugendlichen war die Kritik jedoch differenzierter. Sie kritisierten, dass Medien teilweise politische Diskussionen „emotionalisieren“ und „personalisieren“ würden und damit ihrer Aufgabe, die Bevölkerung über politische Prozesse zu informieren und damit eine Kontrollfunktion einzunehmen, nicht gerecht würden. Sogenannte „Fake-News“ würden zudem dazu führen, nicht mehr zu wissen, was war und was falsch sei.

Ein SV-Engagierter sagte uns, dass (echte) Demokratie überhaupt nicht im Sinne der „Herrschenden“ sei und sieht sie als Werkzeug, das für Gutes oder Schlechtes benutzt werden könne:

Damit kann man Häuser bauen, aber auch Menschen den Kopf einschlagen.

– Canberk Karakus, 18, SV-Berater und BezirksschülerInnensprecher der Stadt Essen

In diesem drastischen Zitat wird deutlich, dass Demokratie nicht zwangsläufig als „Wert an sich“ begriffen wird, sondern eben konkret positiv gefüllt sein muss. Demokratie kann auch nur eine Worthülse sein, die auch negative bzw. rückschrittliche gesellschaftliche Elemente verdeckt. Eine positiv verstandene Demokratie ermöglicht Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen, ermöglicht ein Leben in Freiheit und ermöglicht ein Leben füreinander. Sie kann also ursächlich dafür sein, dass Menschen ein Obdach haben, in dem sie sich sicher und zu Hause fühlen. Negativ gewendet kann sie eben auch Menschen ausschließen, zu einem Leben in Einsamkeit führen und zu gesellschaftlicher Spaltung beitragen. Sie kann also auch repressive Elemente beinhalten, die Jugendliche möglicherweise Gewalt als legitim erscheinen lässt.

Welche Herausforderungen erleben junge Menschen aus eigener Perspektive mit Blick auf die demokratische Gesellschaft und im Hinblick auf ihre eigene demokratische Identitätsbildung?

„Mit Betreten des Schulgeländes verlassen Sie den demokratischen Sektor der Bundesrepublik Deutschland“. Dieser plakative Spruch der LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz scheint nach wie vor eine zentrale Herausforderung junger Menschen im Kern zu treffen: Die deutschen Schulsysteme ermöglichen noch nicht in ausreichendem Maße Mitsprache und Mitentscheidung der Schülerinnen und Schüler. Sie geben ihnen zu wenig die Chance, Verantwortung zu übernehmen und ihren Lernraum nach ihren Wünschen und Bedürfnissen zu gestalten, sodass eine demokratische Identitätsbildung gehemmt wird. Die Berichte der Interviewten lassen darauf schließen, dass sie häufig ein Klima wahrnehmen, das Engagement und Beteiligung bestraft statt zu fördern. In und außerhalb von Schule würden junge Menschen aufgrund ihres Alters diskriminiert. Das Thema Adultismus, welches etwa in der Debatte um den Juso-Vorsitzenden Kevin Kühnert und #diesejungenLeute zur Zeit größere mediale Aufmerksamkeit erhalten hat, betont eine starke Herausforderung für junge Menschen in unserer demokratischen Gesellschaft:

Ich möchte auch gesehen und gehört werden und fühle mich von vielen Erwachsenen nicht ernst genommen. Mein Engagement wird nicht wertgeschätzt und anerkannt.

– Emely Dilchert, 18 Jahre, SV-Beraterin und Klimabotschafterin des SV-Bildungswerks, Landesvorstandsmitglied der Landesschülervertretung Hessen

Auch diese als Diskriminierung wahrgenommene Erfahrung wirkt nicht nur durch abwertende Aussagen und Handlungen, sondern gleichwohl auch durch vermeintlich bestärkende Äußerungen wie „Für dein Alter hast du das aber wirklich gut gemacht!“ oder

“Sowas hätte ich von jemandem in deinem Alter wirklich nicht erwartet!”, die das vorurteilsbelastete Bild über Jugendliche aus ihrer Sicht noch weiter stärken.

Auch das fehlende Interesse ihrer Mitschülerinnen und Mitschüler sowie Freundinnen und Freunde für ihr Engagement erleben die Jugendlichen als Herausforderung.

Wenn ich meinen Freunden erzähle, was ich so gemacht habe, dann denken die, dass das trocken und langweilig ist, aber eigentlich ist das ja cool und spannend.

– Sina Jansen, 19, SV-Beraterin und Klimabotschafterin, Vorstandsmitglied der BezirksschülerInnenvertretung Düsseldorf

Gesellschaftliches Engagement und Interesse an Politik und Demokratie scheint nicht “cool” zu sein und es fällt den Befragten schwer, andere dafür zu begeistern. Sie vermissen intrinsische Motivation bei anderen Jugendlichen, sich mit politischen Themen zu beschäftigen.

Für eine umfassende demokratische Identitätsbildung aller Jugendlichen fehlt es den Interviewten außerdem an politischer Bildung im Unterricht. Da Politik in vielen Bundesländern mit anderen gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen in einem kombinierten Fach mit wenigen Wochenstunden, teilweise sogar nur fakultativ unterrichtet wird, beklagen Jugendliche die geringe Bedeutung, die diesem Thema im deutschen Schulsystem beigemessen wird. Aus ihrer Sicht sollte darüber hinaus eine Fokusverschiebung in den Unterrichtsinhalten erfolgen:

In der Schule lernen wir zwar das Prozedere von Wahlen, aber nicht, warum sie wichtig sind.

– Emely Dilchert, 18 Jahre, SV-Beraterin und Klimabotschafterin des SV-Bildungswerks, Landesvorstandsmitglied der Landesschülervertretung Hessen

Politische Bildung in der Schule sollte sich weniger auf Faktenwissen konzentrieren, sondern zu Beteiligung motivieren und Politik erfahrbar machen. Dementsprechend erwarten einige Jugendliche, dass auch außerhalb des Unterrichts Demokratie “gelebt” wird. Das bedeutet für sie, dass die Schule selbst Beteiligung und gemeinsame Aushandlungsprozesse der Betroffenen ermöglichen muss und gesellschaftliche Themen sich in der Schule widerspiegeln.

Denn diese Themen, wie zum Beispiel die Migrationsbewegungen, wirken selbstverständlich auch in die Schule: Die Integration in das deutsche Schulsystem ist für viele geflüchtete Jugendliche eine Herausforderung. Ihr Gelingen hängt zu sehr von einzelnen Engagierten ab und funktioniert deshalb in der Breite nicht gut genug. Sie erhalten zu wenig Unterstützung, beispielsweise durch Dolmetscher*innen. Auch wenn an vielen Schulen Schüler*innen unterschiedlicher Herkunft selbstverständlich miteinander lernen, spielen und befreundet sind, ist die Situation für Jugendliche mit Fluchthintergrund dennoch häufig problematisch. Sie sind immer wieder mit Vorurteilen und rassistischer Diskriminierung konfrontiert. Der immer stärker werdende Populismus in Deutschland und ganz Europa wird auch deshalb als Herausforderung gesehen, weil der Grat zwischen Meinungsfreiheit und (rassistischer) Hetze immer mehr verwässert.

Auf dem SV-Kongress wurde auch in Bezug auf andere Diskriminierungsformen (z.B. auf Grund der sozialen Herkunft, dem Geschlecht oder der Sexualität) mangelnde Solidarität unter Jugendlichen in der Schule beklagt. Häufig werde das Problem erst dann für wichtig erachtet und darauf reagiert, wenn es die Jugendlichen selbst betreffe. Zudem wirken sich diese Diskriminierungsformen und fehlende Solidarität auf die Beteiligungsstrukturen von Jugendlichen aus und stellen für junge Menschen in nicht-privilegierter Position Hürden dar. Dies äußert sich beispielsweise in Bedenken, wer sich Beteiligung „leisten kann“ (in Bezug auf schulische Leistung und Unterstützung aus dem Elternhaus), sich ein Amt zutraut (u.a. bezogen auf das Geschlecht) oder schlussendlich gewählt wird.

Wenn ich für SV-Arbeit freigestellt werden wollte, haben manche Lehrerinnen und Lehrer schon mit den Zähnen geknirscht. Wer schlechtere Noten hatte als ich, hatte kaum eine Chance.

– Jessica Lein, 20, SV-Beraterin, Klimabotschafterin und Vorstandsmitglied des SV-Bildungswerks

Das zeigt auf der einen Seite die Notwendigkeit, dass Beteiligung und Engagement auch als eine wichtige Lernerfahrung in der Schule gewürdigt werden sollte und ein Raum dafür vorhanden sein muss. Auf der anderen Seite aber auch, dass es für nicht so leistungsstarke Schüler*innen, die oftmals auch einen schwächeren sozialen Hintergrund haben, weitere Hürden gibt, sich zu beteiligen.

Insbesondere das Thema Nachhaltigkeit scheint noch nicht ausreichend in Schule - weder im Fachunterricht noch im Handeln der Akteur*innen - angekommen zu sein. Denn gerade die Jugendlichen, die Demokratie auf ihre eigene Lebensweise und das Miteinanderleben beziehen, beklagen fehlendes Bewusstsein vieler Jugendliche und Lehrkräfte für die Folgen ihres eigenen Handelns. Daher sehen einige insbesondere auch Klimaschutzthemen als große Herausforderung für die demokratische Gesellschaft.

Welche Formate der Demokratiebildung empfinden Jugendliche selbst als “zeitgemäß”?

Wenn man nicht nur was lernt, sondern auch was tut

– Janne Ratschinski, 17, SV-Beraterin und Vorstandsmitglied der BezirksschülerInnenvertretung Düsseldorf

Wie negativ das Verständnis von (schulischem) Lernen der interviewten Jugendlichen ist, zeigt sich eindrücklich in dieser Aussage. Formate der Demokratiebildung sollten aus ihrer Sicht nicht nur theoretisches Wissen vermitteln, sondern Demokratie den jungen Menschen praktisch näher bringen und erfahrbar zu machen. Hierzu sei ein Denken außerhalb der Grenzen des starren Schulsystems notwendig und oftmals seien fach- und klassenübergreifende und projektbasierte Formate gefordert, die idealerweise von den Jugendlichen selbst initiiert sind oder zumindest mit ihnen gemeinsam umgesetzt werden. Die befragten Jugendlichen erkennen gute Ansätze an einigen wenigen Leuchtturmschulen (beispielsweise Sudbury Schule, Laborschule Bielefeld, Evangelische Schule Berlin Zentrum), finden aber, dass diese auch in der Breite verankert werden sollten. Sie wünschen sich, dass das Schulsystem stärker mit Akteurinnen und Akteuren der außerschulischen Bildung verschränkt wird und heben besonders das Peer-Prinzip, welches sie aus Projekten des SV-Bildungswerks kennen, als zeitgemäße Form der Demokratiebildung hervor. Die Schule sollte als “Safe Space” fungieren, in dem viele Jugendliche zum ersten Mal in Kontakt mit Demokratiebildung kommen und ihnen einen geschützten Raum gibt, sich auszuprobieren. Für die interviewten Engagierten spielt Schüler*innenvertretung hierbei eine zentrale Rolle. Die Wahl zum Klassensprecher oder zur Klassensprecherin ist häufig der erste explizite formal-demokratische Prozess, bei dem Jugendliche mitentscheiden dürfen, und ein Amt, bei dem sie Verantwortung für andere übernehmen. Der Klassenrat kann dabei die SV-Strukturen unterstützen und Demokratiebildung von einzelnen Engagierten innerhalb der SV auf alle Schülerinnen und Schüler in den Klassenräten in die Breite tragen. Wenn im Klassenrat darüber gesprochen wird, was die Schülerinnen und Schüler an ihrer Schule verändern wollen, fungieren die Klassensprecherinnen und Klassensprecher als Schnittstelle zwischen diesen Wünschen und der Schüler*innenvertretung als ihrer Interessenvertretung. Überdies sollten sich Schüler*innenvertretungen mit kommunalen Jugendvertretungsstrukturen vernetzen, die es trotz teilweise recht umfassender Beteiligungsmöglichkeiten an Entscheidungen schwer haben, die Jugendlichen zu erreichen. So profitieren sowohl SV als auch

Jugendrat, aber vor allem die Jugendlichen, die so effektivere Möglichkeiten erhalten, ihren Positionen Gehör zu verschaffen..

Neben diesen allgemeinen Grundsätzen zu Formaten der Demokratiebildung gibt es auch ganz konkrete Projekte und Ideen, die Jugendliche als zeitgemäß ansehen und die hier ausschnittsweise präsentiert werden sollen: Es gibt ein grundsätzlich hohes Interesse, sich mit Politikerinnen und Politikern auseinanderzusetzen, allerdings stören die Jugendliche Formate wie beispielsweise Podiumsdiskussionen, bei denen sie selbst nicht zu Wort kommen. Sie wünschen sich eher Gespräche, bei denen sich Jugendliche und Politikerinnen und Politiker gegenseitig zuhören und sich mit den Forderungen des anderen intensiv beschäftigen. Auch Planspiele sehen sie grundsätzlich als zeitgemäßes Format an, um politische Prozesse zu verstehen und miterleben zu können, allerdings wünschen sie sich, dass die Ideen und Forderungen, die dabei entstehen, nicht einfach so verpuffen, sondern an Politikerinnen und Politiker herangetragen werden. Zudem ist es den Jugendlichen wichtig, Demokratie nicht als Selbstverständlichkeit zu sehen und ihre Bedeutung auch anderen zu vermitteln.

Wie müssen wir junge Menschen ansprechen, um Demokratie und Demokratiebildung ansprechend zu machen?

Wenn etwas nicht so läuft, wie ich es gerne hätte oder ich es für richtig halte, dann will ich es eben verändern! Dieser Funken muss auch auf andere überspringen.

– Jessica Lein, 20, SV-Beraterin, Klimabotschafterin und Vorstandsmitglied des SV-Bildungswerks

Misstände und Empörung können für einige der befragten Jugendlichen wichtige Motivationen sein, sich für die Demokratie zu engagieren. Wenn man junge Menschen erfolgreich ansprechen will, ist somit wichtig, ihre eigene Betroffenheit deutlich zu machen. Sie wollen nicht, dass ihnen geholfen wird, sondern sie wollen Kompetenzen lernen, um sich selbst zu helfen. Sie möchten ernst genommen werden und tatsächlich entscheiden können, statt nur zum Schein beteiligt zu sein. Von dieser "vergifteten" Beteiligung sind viele Jugendliche frustriert. Sie möchten nicht vorher mitreden und „am Ende eine Entscheidung hinnehmen müssen, bei der ihre Argumente nicht berücksichtigt wurden“. Genauso wenig, möchten sie nur aus "Dekorationsgründen beteiligt werden". Kurzum, sie wollen auf einer möglichst hohen Partizipationsstufe mitwirken und mitentscheiden können:

Nicht gefragt zu werden: "Was hältst du davon?", sondern: "Was sind deine Ideen?"

– Frederic Koch, 18, SV-Berater, Klima-Botschafter und Vorstandsmitglied im SV-Bildungswerk

Demokratiebildung kann außerdem nur funktionieren, wenn sie auf Freiwilligkeit beruht. Wenn sich Jugendliche diesem Lern- und Erfahrungsraum nicht öffnen möchten oder können, ist es auch sinnlos, sie dazu zu zwingen. Demokratiebildung sollte junge Menschen überdies dort abholen, wo sie stehen und nicht nur privilegierte Jugendliche ansprechen. Hierzu müssen jegliche Beteiligungshürden, seien sie beispielsweise finanzieller, körperlicher oder auch sprachlicher Art, abgebaut werden:

Politik ist ja oft so geschwollen, warum müssen die immer so eine Fachsprache verwenden? Das war zum Beispiel im Jugendrat so.

– Sina Jansen, 19, SV-Beraterin und Klimabotschafterin, Vorstandsmitglied der BezirksschülerInnenvertretung Düsseldorf

Auch eine gute Gemeinschaft oder Peers als Vorbilder können Jugendlichen den Zugang zu Demokratiebildung erleichtern. Durch Erfolgserlebnisse und übertragene Verantwortung, an der sie wachsen und sich entwickeln können, bleiben sie nachhaltig motiviert.

Vielfach erleben Jugendliche auch an verschiedenen Stellen Demokratiebildung, sehen aber häufig nicht den Bezug zu diesem Konzept, das für sie oft abstrakt und schwer greifbar bleibt. An dieser Stelle die Verbindungen aufzuzeigen und im großen Kontext der Demokratiebildung zu sehen, kann auch helfen, das Thema für Jugendliche ansprechender zu machen.

Fazit

Diskriminierung, Ausgrenzung und das Gefühl von Machtlosigkeit wurden von vielen Jugendlichen als große Herausforderungen benannt. Diese Aspekte stehen sowohl ihnen selbst in ihren Beteiligungsstrukturen im Weg, bedrohen aber auch ganz konkret das demokratische Zusammenleben in Schule und Gesellschaft. Zentrale Lösungsansätze sehen die Befragten vor allem in der Selbstorganisation der Betroffenen, die empowernd unterstützt werden muss - durch Lehrkräfte, Gesetze, Geld und Schulstrukturen. Peer Education, das heißt das Lernen von Gleichaltrigen in ähnlichen Lebenssituationen, spielt dabei eine wichtige Rolle. Erfahrungen und Wissen zu teilen und gemeinsam voneinander zu lernen scheint für die Jugendlichen ein positiver Gegenentwurf zum häufig negativ konnotierten schulischen Lernen zu sein.

Für die inhaltliche Beschäftigung mit Gesellschaft und parlamentarischer Demokratie stellt der Politikunterricht eine grundlegende Notwendigkeit für die meisten Jugendlichen dar. Dies wurde auch auf dem Kongress breit diskutiert. Mindestens genauso wichtig ist jedoch auch, Selbstwirksamkeit und praktische Beteiligung in der Schule selbst zu erleben. Sowohl die Auseinandersetzung mit Politik im Diskurs als auch das gemeinsame Aushandeln des eigenen Zusammenlebens bilden die Grundpfeiler einer demokratischen Identitätsentwicklung.

Um diese Entwicklung inhaltlich und methodisch zu bereichern und schulisches Lernen nicht in einer abgeschlossenen Blase stattfinden zu lassen, bedarf es nach Ansicht der Jugendlichen einer deutlich stärkeren und engeren Zusammenarbeit mit Expert*innen und Einrichtungen der außerschulischen politischen Bildung und weiterführend mit zivilgesellschaftlichen Initiativen und Projekten.

Schule muss aktiv dazu beitragen, ein demokratisches Zusammenleben zu erlernen und sich dabei auch selbst zur Disposition stellen.